



Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales,  
Familie und Integration - 80792 München

Frau Präsidentin  
des Bayerischen Landtags  
Maximilianeum  
81627 München

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

PI/G-4254-2/2407 A,  
vom 29.06.2017

Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom  
Bitte bei Antwort angeben

V4.2/0013.05-2/633

DATUM  
28.08.2017

**Schriftliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Markus Rinderspacher betreffend  
Umsetzung bzw. Vollzug des Bayerischen Integrationsgesetzes I**

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

die Schriftliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Markus Rinderspacher beantworte ich  
in Abstimmung mit dem Bayerischen Staatsministerium der Justiz und dem Bayerischen  
Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr wie folgt:

**1a) Wie vielen Personen im Sinne des Art. 4 Abs. 2 BayIntG wurden seit dem  
1.1.2017 bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nach Art. 4 Abs. 4 Satz 1 BayIntG die  
notwendigen Kosten für die Heranziehung eines Dolmetschers oder Übersetzers  
von welcher Behörde in welcher Höhe auferlegt?**

Bei Art. 4 Abs. 4 Satz 1 BayIntG handelt es sich um eine Ermessensentscheidung. Der  
Staatsregierung ist nicht bekannt, wie vielen Personen Kosten in welcher Höhe in An-  
wendung dieser Norm auferlegt wurden. Da eine Behörde in diesem Sinne jede Stelle ist,  
die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnimmt, müssten sämtliche Stellen im Frei-

staat Bayern abgefragt werden, die unter diese Definition fallen. Eine Abfrage aller Behörden in Bayern wäre mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden.

**1b) Wie vielen Personen im Sinne des Art. 12 Abs. 1 Satz 1 BayIntG wurde seit dem 1.1.2017 bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Bewilligung und Auszahlung von landesrechtlichen Leistungen und Angeboten unter Berufung auf Art. 12 Abs. 1 Satz 2 oder Satz 3 BayIntG verweigert?**

**1c) Bei wie vielen Personen wurde seit dem 1.1.2017 bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Verwirkung des Anspruchs auf eine landesrechtliche Leistung oder ein Angebot nach Maßgabe der Nrn. 1 und 2 des Art. 12 Abs. 2 Satz 1 BayIntG festgestellt?**

Die Teilfragen 1 b) und 1 c) werden gemeinsam wie folgt beantwortet:

Der Staatsregierung ist nicht bekannt, ob bzw. bei wie vielen Personen landesrechtliche Leistungen und Angebote nach Art. 12 Abs. 1 BayIntG nicht bewilligt oder ausgezahlt wurden, oder die landesrechtliche Leistung oder das Angebot nach Art. 12 Abs. 2 Satz 1 BayIntG verwirkt wurde. Eine Abfrage aller hier betroffenen Behörden in Bayern wäre mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden.

**2a) Wurde seit dem 1.1.2017 bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt von der Möglichkeit des Widerrufs oder der Rücknahme der Erlaubnis für den Betrieb einer Kindertageseinrichtung nach Art. 5 Abs. 4 BayIntG wegen eines Verstoßes gegen Verpflichtungen nach Art. 5 Abs. 1 und 2 BayIntG und Art. 6 BayIntG Gebrauch gemacht?**

**2b) Um welche Kindertageseinrichtungen handelt es sich?**

**2c) Was waren in den einzelnen Fällen die genauen Gründe für den Widerruf oder die Rücknahme der Erlaubnis für den Betrieb der Kindertageseinrichtung?**

Die Teilfragen 2 a) bis 2c) werden gemeinsam wie folgt beantwortet:

Seit dem 01.01.2017 bis zum Zeitpunkt der Abfrage bei den zuständigen Vollzugsbehörden wurde keine Betriebserlaubnis aufgrund des Art. 5 Abs. 4 BayIntG widerrufen oder zurückgenommen.

**3a) Welche Gemeinden, Landkreise und Bezirke in Bayern haben seit dem 1.1.2017 bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Benutzung ihrer öffentlichen, dem Gemeingebrauch dienenden Einrichtungen von einer vorherigen Belehrung der und dem ausdrücklichen Anerkenntnis der bestehenden Vorschriften durch den Benutzer oder die Benutzerin nach Art. 21 Abs. 5 Satz 2 GO, Art. 15 Abs. 5 Satz 2 LKrO, Art. 15 Abs. 5 Satz 2 BezO abhängig gemacht?**

Den Kommunen wird durch Art. 21 Abs. 5 Satz 2 GO, Art. 15 Abs. 5 Satz 2 LKrO und Art. 15 Abs. 5 Satz 2 BezO ein Ermessen eingeräumt. Der Staatsregierung ist nicht bekannt, welche Kommunen von diesem Ermessen Gebrauch gemacht haben. Eine Abfrage aller Kommunen in Bayern wäre mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden.

**3b) Wie viele Personen in Bayern wurden seit dem 1.1.2017 bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt durch welche Sicherheitsbehörde verpflichtet, an einem Grundkurs über die Rechts- und Werteordnung bei welchem privaten oder öffentlichen Träger (Amt/Behörde, Kommune, Migrationsdienst o.ä.) teilzunehmen, weil sie den Tatbestand von Handlungen im Sinne von Art. 13 Abs. 1 Sätze 1 und 2, Abs. 2 BayIntG erfüllt haben?**

Die Fragen 3b) und 4a) werden aufgrund Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet:

Bislang wurden nach Kenntnis der Staatsregierung keine Personen zur Teilnahme an Kursen nach Art. 13 Abs. 1, S. 1 und 2 BayIntG verpflichtet. Deshalb wurde auch keine Geldbuße gemäß Art. 13 Abs. 3 BayIntG wegen Nichtteilnahme oder Störung von derartigen Kursen verhängt.

**3c) In welchen Justizvollzugsanstalten und Maßregelvollzugseinrichtungen in Bayern werden Deutsch- und Integrationsunterricht angeboten und wie viele Strafgefangene, Untersuchungsgefangene, Sicherungsverwahrte und im Maßregelvollzug unterbrachte Personen haben nach Maßgabe von Art. 40 Abs. 2 und 3 BayStVollzG, Art. 26 Abs. 5 BayUVollzG, Art. 59 Abs. 2 BaySvVollzG und Art. 10 Abs. 4 BayMRVG seit dem 1.1.2017 bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt an Deutsch- und Integrationsunterricht in diesen Justizvollzugsanstalten und Maßregelvollzugseinrichtungen teilgenommen?**

Deutsch- und Integrationsunterricht wird grundsätzlich nach Bedarf angeboten. Vom 1. Januar 2017 bis zum 4. Juli 2017 (Zeitpunkt der Abfrage) haben 1.171 Personen Deutsch- und Integrationsunterricht in den Justizvollzugsanstalten Aichach, Amberg, Aschaffenburg, Augsburg-Gablingen, St. Georgen Bayreuth, Bernau, Ebrach, Erlangen, Hof, Kaisheim, Kempten, Landsberg a. Lech, Landshut, Laufen-Lebenau, Memmingen, München, Neuburg-Herrenwörth, Niederschönenfeld, Nürnberg, Regensburg, Straubing und Würzburg besucht. Zum Besuch des Unterrichts erfolgten teilweise auch Verlegungen aus anderen Anstalten.

Nach Auskunft der Träger der bayerischen Maßregelvollzugseinrichtungen wird Deutsch- und / oder Integrationsunterricht in allen 14 bayerischen Maßregelvollzugseinrichtungen wie folgt angeboten:

Maßregelvollzugseinrichtung	Deutsch- und Integrationsunterricht
kbo-Isar- Amper-Klinikum München-Ost	Deutschunterricht
kbo-Isar- Amper-Klinikum Taufkirchen	Deutschunterricht
kbo-Inn-Salzach-Klinikum Wasserburg	Deutschunterricht
Bezirksklinikum Mainkofen	Deutsch- und Integrationsunterricht
Bezirkskrankenhaus Straubing	Deutsch- und Integrationsunterricht
Bezirksklinikum Regensburg	Deutschunterricht
Bezirkskrankenhaus Parsberg	Deutschunterricht
Bezirkskrankenhaus Bayreuth	Deutsch- und Integrationsunterricht
Bezirksklinikum Ansbach	Deutschunterricht
Klinikum am Europakanal Erlangen	Deutsch- und Integrationsunterricht
Bezirkskrankenhaus Lohr am Main	Deutsch- und Integrationsunterricht
Krankenhaus für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatische Medizin Schloss Werneck	Deutschunterricht

Bezirkskrankenhaus Günzburg	Deutschunterricht
Bezirkskrankenhaus Kaufbeuren	Deutschunterricht

Darüber hinaus werden sowohl in der Gruppen- als auch in der Einzeltherapie Inhalte vermittelt, die Gegenstand von Integrationskursen sind, da die soziale Integration ein wesentlicher Bestandteil der Therapie im Maßregelvollzug ist.

Insgesamt haben seit dem 01.01.2017 254 untergebrachte Personen an Deutsch- und Integrationsunterricht in bayerischen Maßregelvollzugseinrichtungen teilgenommen:

<b>Maßregelvollzugseinrichtung</b>	<b>Teilnehmerzahl seit 01.01.2017</b>
kbo-Isar- Amper-Klinikum München-Ost	22
kbo-Isar- Amper-Klinikum Taufkirchen	13
kbo-Inn-Salzach-Klinikum Wasserburg	7
Bezirksklinikum Mainkofen	10
Bezirkskrankenhaus Straubing	2
Bezirksklinikum Regensburg	80
Bezirkskrankenhaus Parsberg	22
Bezirkskrankenhaus Bayreuth	15
Bezirksklinikum Ansbach	30
Klinikum am Europakanal Erlangen	10
Bezirkskrankenhaus Lohr am Main	20
Krankenhaus für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatische Medizin Schloss Werneck	1
Bezirkskrankenhaus Günzburg	8

**4a) Gegen wie viele Personen in Bayern wurden seit dem 1.1.2017 bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt Geldbußen nach Art. 13 Abs. 3 BayIntG und in welcher Höhe verhängt, weil sie einer vollziehbaren Anordnung, an einem Grundkurs über die Rechts- und Werteordnung teilzunehmen, nicht Folge geleistet oder die Durchführung eines solchen Grundkurses behindert haben?**

Es wird auf die Antwort zu Frage 3b) verwiesen.

**4b) Gegen wie viele Personen in Bayern wurden seit dem 1.1.2017 bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt Geldbußen in welcher Höhe nach Art. 14 Abs. 2 Satz 1 BayIntG wegen Verstoßes gegen eines der Verbote nach Art. 14 Abs. 1 Nrn. 1 bis 3 BayIntG verhängt?**

Bislang wurden keine Geldbußen gemäß Art. 14 Abs. 2 BayIntG verhängt.

**4c) Wie oft wurden Personen seit dem 1.1.2017 bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nach Art. 12 Abs. 3 BayIntG welche landesrechtlichen Leistungen und Angebote in den Fällen des Art. 13 Abs. 3 BayIntG oder Art. 14 Abs. 2 Satz 1 BayIntG gekürzt oder ganz oder teilweise versagt?**

Der Staatsregierung ist nicht bekannt, dass bislang landesrechtliche Leistungen und Angebote gemäß Art. 12 Abs. 3 BayIntG gekürzt oder versagt wurden. Eine Abfrage aller hier betroffenen Behörden in Bayern wäre mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden.

**5a) Wie oft hat seit dem 1.1.2017 bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Polizei von der Befugnis, die Identität einer Person festzustellen, die sich an einem Ort aufhält, der als Unterkunft oder dem sonstigen, auch vorübergehenden Aufenthalt von Asylbewerbern und unerlaubt Aufhältigen dient (s. Art. 13 Abs. 1 Nr. 2c PAG), Gebrauch gemacht?**



**5b) Wie oft hat seit dem 1.1.2017 bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Polizei von der Befugnis, eine Wohnung, die als Unterkunft oder dem sonstigen, auch vorübergehenden Aufenthalt von Asylbewerbern und unerlaubt Aufhältigen dient, gemäß Art. 23 Abs. 3 Nr. 3 PAG zu betreten, Gebrauch gemacht?**

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die Fragen 5a und 5b gemeinsam beantwortet: Mit Stand 20.07.2017 wurden dem Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr von den Verbänden der Bayerischen Landespolizei 53 durchgeführte Kontrollmaßnahmen an Asylbewerberunterkünften (Art. 23 Abs. 3 Nr. 3 PAG) gemeldet. Im Zusammenhang mit diesen Kontrollmaßnahmen wurden mit Stand 20.07.2017 2.533 Personen einer Identitätsfeststellung nach Art. 13 Abs. 1 Nr. 2c PAG unterzogen.

Mit freundlichen Grüßen



Emilia Müller